

Stoppt Tierfabriken, Gentechnik und TTIP.

Landwirte und Verbraucher aus der Region haben am Samstag in Berlin für einen Kurswechsel in der Landwirtschaft demonstriert.

Zusammen mit rund 50.000 Menschen haben am Samstag 20 Landwirte und Verbraucher aus Ulm, dem Alb-Donau-Kreis und dem Landkreis Neu-Ulm in Berlin für eine bessere Landwirtschaft und für „Fairhandel statt Freihandel“ demonstriert, angeführt von einem Traktorenkonvoi mit über 90 Traktoren. Zur Teilnahme hatten hier der BUND-Regionalverband Donau-Iller und das Bündnis für eine gentechnikfreie Region Ulm aufgerufen. Veranstalter war ein breites gesellschaftliches "Wir haben es satt"-Bündnis mit mehr als 90 Organisationen. Anlass für die Demonstration ist die "Grüne Woche" in Berlin, eine internationale Ausstellung der Ernährungs- und Landwirtschaft.

Theo Düllmann und Georg Glöckle, Sprecher des hiesigen Genfrei-Bündnisses, nennen die Schwerpunkte des Protests: Trotz gemachter Wahlversprechen wehre sich Kanzlerin Merkel immer noch gegen einen wirksamen gesetzlichen Schutz der Land- und Lebensmittelwirtschaft vor der Agrogentechnik, so wie er von über 80 % der Bevölkerung gewünscht wird. Weiterhin verteidige die Bundesregierung eine ungerechte Verteilung von jährlich über 1 Milliarden Euro Agrarsubventionen zugunsten großer Konzerne. Die Folge: Seit dem Jahr 2000 mussten mehr als Dreiviertel der Schweinehalter aufgeben. Gleichzeitig häufen sich die Skandale in den Mega-Mastanlagen: Schweine, Hühner, Puten fristen ein qualvolles Dasein und sind nur durch einen massenhaften Missbrauch von diversen Antibiotika am Leben zu halten. Als Billigfleisch verkauft führt dies zu verheerenden Folgen für die Gesundheit der Verbraucher. Gefordert wird deswegen die Koppelung der Agrarsubventionen an Tier- und Umweltstandards. „Wir müssen uns mit gesunder Nahrung befassen, nicht mit irgendwelcher Nahrung“, so eine Vertreter der Welternährungsorganisation am Rande der Grünen Woche.

Ein weiterer Punkt: Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA sind die Totengräber unserer freiheitlichen Verfassung. Transnationale Konzerne wie Monsanto u.a. können über außerdemokratische Schiedsgerichte unsere Grundwerte und Standards aushebeln, Lebensmittelkennzeichnungen verbieten und Agrogentechnik bei uns durch die Hintertür erzwingen. Auch steht zusätzlich die Existenz von vielen bäuerlichen Familienbetrieben auf dem Spiel.

„Das haben wir satt“, sind sich die Bündnissprecher einig und fordern eine Wende in der Agrarpolitik. „Die Zukunft liegt in einer ökologisch orientierten bäuerlichen Landwirtschaft und nicht in einer Landwirtschaft, die unsere Gesundheit- und unsere Umweltstandards als Handelshemmnis bezeichnet.“